

Haller Tagblatt - 16.09.2023

„Europa ist nicht Brüssel“

Soziales Die Haller Awo bereitet ihre 100-Jahr-Feier vor. Zum Auftakt hat sie EU-Kommissar Nicolas Schmit und Sozialminister Manfred Lucha zu Besuch.

Von **Monika Everling**



Eiligen Schrittes streben der Baden-Württembergische Sozialminister Manfred Lucha, der EU-Sozial-Kommissar Nicolas Schmitt, der Haller Awo-Geschäftsführer Lars Piechot und die Erste Landesbeamtin des Landkreises Hall, Anil Kübel, zum Sitzungssaal im Haller Landratsamt.

Foto: Ufuk Arslan

Klar, wenn ein hochrangiger Politiker Organisationen vor Ort besucht, hört er vor allem Wünsche nach mehr Geld. Gestern, Freitag, treffen der EU-Kommissar Nicolas Schmit und der Landes-Sozialminister Manfred Lucha im Schwäbisch Haller Landratsamt auf gut 20 Personen, die sich für soziale Projekte im Raum Schwäbisch Hall einsetzen. Kerstin Furkert, Geschäftsführerin des regionalen Arbeitskreises Europäischer Sozialfonds (ESF), berichtet, dass der Arbeitskreis im Förderzeitraum 2014 bis 2020 aus EU-Mitteln noch 210 000 Euro pro Jahr an soziale Projekte verteilen konnte, jetzt seien es nur noch 168 500 Euro.

Gefahr für die Demokratie

Dabei sind sich im Raum alle einig, dass Kinder und Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten und andere „Menschen mit Vermittlungshindernissen“ vor Armut und Erwerbslosigkeit geschützt werden müssen. Denn beides sei „nicht nur ein Problem für die Betroffenen, sondern für die ganze Gesellschaft“, betont der luxemburgische EU-Kommissar Nicolas Schmit, der übrigens fast akzentfrei Deutsch spricht.

Auf der einen Seite stünden Jugendliche ohne Ausbildung, auf der anderen Seite der Fachkräftemangel. Beides sei auf Dauer auch eine Gefahr für die Demokratie, weil Menschen, die sich benachteiligt fühlen, anfälliger seien für Rechtspopulismus. Es gehe darum, allen Menschen, auch solchen mit Einschränkungen, einen Platz in der Gesellschaft zu geben, sagt Lucha. Wichtig ist ihm auch: „Die

Awo ist nicht der Ausfallbürge für staatliche Leistungen.“ Ihr Engagement entlaste die Politik nicht von ihrer Verantwortung. „Wir Sozialpolitiker waren immer nur eine Kostenstelle. Jetzt haben wir als Resultat daraus zu wenig Erzieherinnen. Daraus müssen wir lernen“, fordert er – wobei er den EU-Kommissar Schmit ausdrücklich lobt: „Was Sie geleistet haben für den Europäischen Sozialfonds, das ist unbezahlbar!“

Bürokratie ist fast Hauptthema

Anlass für den hohen Besuch in Schwäbisch Hall ist die Vorbereitung auf das 100-Jahr-Jubiläum der Arbeiterwohlfahrt (Awo) Schwäbisch Hall, das am 19. April 2024 gefeiert wird. Die in Hall lebende frühere Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Evelyne Gebhardt ist Schirmherrin der Auftaktveranstaltung. Sie hat Schmit, der in der EU für Beschäftigung, Soziales und Integration zuständig ist, eingeladen. Schmit nennt Gebhardt eine „gute Freundin“, aber selbstverständlich ist er nicht deshalb gekommen, sondern vor allem, weil er das Engagement vor Ort schätze. „Populisten postulieren, Europa sei weit weg. Aber Europa ist nicht Brüssel, sondern es findet in unseren Dörfern und Städten statt!“, sagt er mit Nachdruck.

Die Haller Macher wollen indes durchaus nicht nur mehr Geld von der EU: Bürokratieabbau wird fast zum Hauptthema des Vormittags. „Ich weiß, dass Europa nicht immer einfach ist“, sagt Schmit gleich eingangs und erntet wissendes oder fast schon hämisches Gelächter. Fördergeld der EU bleibe zum Teil quasi auf der Strecke, weil zu viel davon in die Verwaltung fließe, ist aus mehreren Wortbeiträgen herauszuhören. „Wir finden kaum mehr Träger, die EU-geförderte Projekte durchführen, weil es so zäh ist, bis das Geld kommt“, klagt Silke Ortwein vom DGB. Oft dauere das so lange, dass die Projektträger „sich nicht über Wasser halten können“.

Evelyne Gebhardt kann aber immerhin schlüssig begründen, wie es zu der überbordenden Bürokratie kommt: Es gebe in Europa ja nicht nur Länder, die durch und durch demokratisch und korruptionsfrei sind, lässt sie durchblicken. „Und wir müssen im eigenen Staat natürlich ebenso strikt vorgehen wie in anderen Mitgliedsstaaten. Wenn es gelingt, überall die Demokratie zu stärken, können die Vorgaben lockerer werden“, hofft sie.

Lucha setzt darauf, dass Vorgänge vereinfacht werden können: „Wir brauchen Strukturqualität am Anfang eines Projekts, und Ergebnisqualität am Schluss. Dazwischen müssen wir die Menschen arbeiten lassen! Wir müssen vom Blick auf die Möglichkeit des Missbrauchs von Fördermitteln zum Blick auf den Nutzen kommen.“ Außerdem brauche es mehr Kontinuität zwischen den Förderperioden. Beides sei „enorm wichtig, damit man das Wenige, das wir zu verteilen haben, zielgerichteter einsetzen kann“. Schmit hofft, dass die Digitalisierung Abläufe vereinfachen kann.

Hilfe auch im reichen Land

Dass soziale Hilfe auch bei uns notwendig sei, wird von mehreren Seiten betont: „Dass es in einer der reichsten Gesellschaften so viele junge Menschen gibt, die keine Ausbildung haben, ist unerträglich“, findet Evelyne Gebhardt. Silke Ortwein stimmt zu: „Man darf nicht denken, Baden-Württemberg ist so reich, die brauchen das nicht. Sonst ist die Gefahr des Auseinanderfallens der Gesellschaft noch größer.“ Und der Awo-Vorsitzende und Schulleiter Ernst-Michael Wanner ergänzt: „Die Pandemie lässt die Schere noch weiter auseinanderklaffen.“

Laura Streitbürger von der Awo meint: „Wir können Kinder nur stärken, wenn wir die Familien mitnehmen.“ Das ist auch die Ansicht von Schmit: „Es ist eine unserer Prioritäten, Frauen in Arbeit zu bringen.“ Carsten Glietsch vom Landes-Sozialministerium nimmt Migrantinnen in den Blick: „Wie kann ich Frauen herauslösen aus ihrer häuslichen Pflicht?“ Deshalb müssten Angebote der Kinderbetreuung weiter ausgebaut werden, sind sich alle einig.